



# HESSISCHER LANDTAG

## Antrag

### der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### betreffend Schwarz-Gelb kann und will Energiewende nicht – verantwortungslos beim Lagern von Atommüll, blockierend beim Umstieg auf erneuerbare Energien

#### Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag zeigt sich in größter Sorge darüber, dass die hessische Landesregierung die Energiewende gefährdet. Er erinnert an den Konsens des hessischen Energiegipfels, der am 10.09.2011 beschlossen wurde.
2. Der Landtag stellt mit großem Bedauern fest, dass die Landesregierung verantwortungslos beim Umgang mit der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe des Umgangs mit dem Atommüll und blockierend beim Umstieg auf Erneuerbare Energien agiert. Der Landtag kritisiert den Zwischenruf des stellvertretenden Ministerpräsidenten Hahn in der Plenardebatte ein Jahr nach der Energiewende am 06.09.2012: „Jo, wir werden auch nie zur Energiewende stehen.“ Ebenso bedauert der Landtag eine Kampagne der FDP Wiesbaden unter dem Parteivorsitz von Wirtschaftsminister Rentsch gegen die Prüfung von Windkraft auf dem Taunuskamm. . Nachdem erst das Bild eines brennenden Windrades über die Medien im Internet verbreitet wurde, beschloss nun der FDP-Kreisvorstand ein Bürgerbegehren gegen Windkraft einzuleiten.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Verantwortung für die jahrzehntelange falsche schwarz-gelbe Atompolitik zu übernehmen. Es entspricht einem Mindestmaß an bürgerlichem Anstand, Fehler einzugestehen und Verantwortung für die Folgen des eigenen Handelns zu übernehmen.
  - a. Mit ihrer Weigerung die Zwischenlagerung von Castor-Behälter am Standort Biblis auch nur zu prüfen, gefährdet die Landesregierung den historischen Kompromiss zur Endlagersuche. Der Landtag fordert die schwarz-gelbe Landesregierung auf, ebenfalls Verantwortung für den Tausende von Jahren strahlenden Atommüll zu übernehmen und Bundesumweltminister Altmaier (CDU) bei seinem Versuch der sicheren Endlagersuche mit allen Kräften zu unterstützen.
  - b. Der schwarz-gelbe Ausstieg aus dem rot-grünen Atomkonsens schuf die Möglichkeit von Schadensersatzklagen der Atomkraftbetreiber in Millionenhöhe. Die stümperhafte Stilllegungsverfügung von Umweltministerin Puttrich für das Atomkraftwerk Biblis setzte die Hürden zur Klage für RWE zusätzlich niedrig. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich beim hessischen Steuerzahler für dieses stümperhafte Vorgehen zu entschuldigen.
4. Der Landtag kritisiert, dass die Landesregierung keinen ganzheitlichen Plan zur Umsetzung der Energiewende vorgelegt hat. Der Landtag stellt fest, dass zur Erreichung der

Klimaschutzziele eine Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emission bis zum Jahr 2020 von 40 Prozent im Vergleich zum Referenzjahr 1990 nötig ist. Dies wird die schwarz-gelbe Landesregierung nicht erreichen.

- a. Die Landesregierung hat das geplante Herzstück der Energiewende in Hessen, der Landesentwicklungsplan zur Förderung der Windenergie, zu einem Windkraftverhinderungserlass verkommen lassen. Der Landtag bekräftigt den einstimmigen Beschluss der Regionalversammlung Mittelhessen (RVM): „Die RVM kritisiert die Vorgaben des Landes Hessens, die zu einer erheblichen Einschränkung in der Planung führt, deren Ziele damit gefährdet und Investitionen in Windkraft zu verhindern droht.“ Das Land Hessen wird so beim Ausbau der Erneuerbaren Energien weiterhin auf dem letzten Platz aller Flächenländer bleiben.
  - b. Der Landtag kritisiert, dass im Energiezukunftsgesetz für die Wende im Wärmebereich zwar richtige Ziele, aber völlig unzureichende Umsetzungsschritte vorgesehen wurden.
  - c. Der Landtag kritisiert, dass die hessische Landesregierung die Verkehrswende aus der Energiewende ausgeklammert hat. Er stellt fest, dass der Verkehrsbereich ohne Flugverkehr 33 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen und mit Flugverkehr 50 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen in Hessen ausmacht. Er zeigt sich äußerst besorgt, dass die CO<sub>2</sub>-Bilanz inklusive des Flugverkehrs im Jahr 2008 gegenüber dem Referenzjahr 1990 nicht gesunken, sondern sogar um 3,5 Prozent gestiegen ist.
5. Der Landtag kritisiert, dass die hessische Landesregierung mit ihrem Vorrang der zentralen Energiewende die Energiewende nicht in Bürgerhände bringt. Dies ist ein Bruch der Einigung beim hessischen Energiegipfel, nach der das Energiesystem so dezentral wie möglich und so zentral wie nötig auszugestalten sei. Damit bevorzugt die Landesregierung den Profit großer Marktakteure an der Energiewende vor dem Gewinn der Bürgerinnen und Bürgern. Der Landtag bedauert in diesem Zusammenhang ebenfalls, dass die Landesregierung die Kommunen in ihrer wirtschaftlichen Betätigung und Satzungsmöglichkeit bei der Energiewende beschränkt.

Wiesbaden, den 16. April 2013

Der Fraktionsvorsitzende  
Tarek Al-Wazir